

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchent-
lich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 45 Pf.
vierteljährlich 1,35 Mk., einschließlich
Erlegerlohn. In den Abholstellen
monatlich 40 Pf. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,25 Mk.
ausschließend Bestellgeld. Einzel-
nummer 10 Pf.

Einzelnummern:
Die Geklebten Zeitzeile 30 Pf.
für auswärts 35 Pf., die 2 ge-
klebten Zeile 1 Mk., An-
zeigensatz und Wohnungsanzeigen
10 Pf. Anzeigen mit Platzbestim-
mung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt
laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 17

Danzig, Sonnabend den 27. April 1918

9. Jahrgang

Unsicherheit im Osten

Die Abordnung der estländischen und livländischen Barone, die nach dem Hauptquartier unterwegs war, ist am letzten Sonntag dort eingetroffen und vom Reichskanzler empfangen worden. Ueber die Erklärungen, die der Reichskanzler der Abordnung gegeben haben soll, wird ein höchst merkwürdiger Bericht verbreitet.

Im deutsch-russischen Friedensvertrag von Brest-Litowsk haben wir gesehen, daß eine neue Abgrenzungslinie gezogen worden ist, und daß Estland und Livland jenseits dieser Abgrenzungslinie liegen. Zum Ueberfluß hat der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Reichstag, von dem Busche-Haddenhausen erklärt, daß Estland und Livland unter russischer Oberherrschaft geblieben sind. Wir haben also erst vor ein paar Wochen einen Vertrag mit Rußland geschlossen, der Estland und Livland als russisches Gebiet anerkennt.

Am Sonntag aber soll der Reichskanzler die Bereitwilligkeit des Kaisers erklärt haben, Estland und Livland unter den militärischen Schutz des Reiches zu nehmen und sie zu unterstügen bei ihrem Versuch der Loslösung von Rußland. Der Kaiser sei bereit, die losgelösten Gebiete als selbständigen Staat anzuerkennen. Ganz besonders soll schließlich der Reichskanzler den Wunsch der Barone begrüßt haben, einen einheitlich geschlossenen monarchisch-konstitutionellen Staat zu bilden unter einer Personalunion mit der Krone Preußens.

Noch einmal: Vor ein paar Wochen haben wir mit Rußland einen Vertrag geschlossen, in dem wir Estland und Livland als russisch anerkennen. Jetzt aber soll der Reichskanzler der Abordnung der Barone gesagt haben, sie sollten nur zusehen, daß Estland und Livland so geschwind wie möglich preußisch würden, sie hätten dabei seine volle Unterstützung. Was ist das? Auf alle Fälle eine sehr

hemerkenswerte Schwärzung der Politik
vielleicht aber noch etwas anderes. Die Frage läßt sich nicht unterdrücken, wozu der Vertrag von Brest-Litowsk, so wie er ist, geschlossen wurde? Wenn es das Heil des deutschen Volkes oder unsere ideale Befreierraktion unbedingt verlangt, daß Est-

land und Livland vom deutschen Kaiser regiert werden, warum hat man denn das nicht vor ein paar Wochen im Vertrag mit Rußland zum Ausdruck gebracht? Noch nie war es doch leichter, einen Vertrag mit einem fremden Staat ganz so zu gestalten, wie es den eigenen Wünschen entsprach. Die Russen sagten ganz einfach: „Wir sind vollständig fertig, wir können uns nicht wehren, macht den Friedensvertrag so wie Ihr wollt, wir werden unterzeichnen!“ Ein Fall, wie er in der Weltgeschichte noch nicht da war. Noch nie hat die Diplomatie so bequeme Gelegenheiten gefunden, ihre Wünsche restlos zu befriedigen, und wenn die deutsche Regierung in Brest-Litowsk Estland, Livland, den Ural und Sibirien gefordert hätte, die russische Regierung hätte den Vertrag unterzeichnet.

Wie ist aber jetzt die Situation? Man hat genommen, was man zu brauchen glaubte. Nachdem der Vertrag geschlossen ist, kommt man aber auf den Gedanken, daß man **im Nehmen doch zu schüchtern** gewesen sei. Nun aber besteht doch der Vertrag. Der Vertrag?

Wir wissen im vorhinein, daß man in einer gewissen Presse dieses Erinnern an den Vertrag sehr komisch finden wird. Vertrag hin, Vertrag her, wird man dort sagen. Wir haben alle Macht, die Russen haben gar keine. Wenn man aber die Macht hat, so findet man auch schließlich geschickte Juristen, die beweisen, daß das was die Regierung tut, mit dem Vertrag vollständig übereinstimmt. Die Russen werden ja anderer Ansicht sein, aber es fehlt ihnen jede Macht, sie durchzusehen.

Es wird erlaubt sein müssen, gegen eine solche Theorie und mehr noch gegen eine ihr angepaßte Praxis beschiedene Einwände geltend zu machen. Man kann nämlich fragen, wozu Verträge zwischen den Staaten geschlossen werden, wenn man dem Staate, der im Augenblick die Macht hat, das Recht zuschreibt, sie **einfseitig zu revidieren**.

Wir pflegen den Friedenszustand als den normalen Zustand

zwischen den Staaten zu betrachten, dieser Zustand ist aber auf Verträge gegründet, und auf der Erhaltung dieser Verträge beruht auch die Erhaltung des Friedens. Als einen außerordentlichen Zustand zwischen den Völkern betrachten wir aber den Kriegszustand, der alle alten Verträge zur Seite schiebt und alles auf die Entscheidung der Macht stellt. Nach der herkömmlichen Auffassung muß jeder Kriegszustand wieder in einen Friedenszustand münden, der auf neuen Verträgen beruht, und auf der Erhaltung dieser neuen Verträge beruht auch die Erhaltung des neuen Friedens.

Wißt man unser Verhältnis zu Rußland an den Maßstäben dieser bisher selbstverständlich gewesenen Grundsätze, dann muß man sich fragen, ob wir wirklich wieder im Friedenszustand mit Rußland oder noch im Kriegszustand mit ihm uns befinden. Diese Frage ist nicht nur durch die letzten Vorgänge im Großen Hauptquartier aktuell geworden, sie drängt sich auch sonst bei der täglichen Zeitungslektüre jedem unwillkürlich auf. Richtig ist wohl, daß Rußland heute ein unterworfen Land ist, aber das Verhältnis, in dem wir uns zu ihm befinden, entspricht nicht dem, was man in früheren Zeiten als Friedenszustand bezeichnet hat.

Und so hätte durch einen **feststimmten dialektischen Umschlag**

der Entwicklung schließlich Trost recht behalten, der den Kriegszustand für beendet erklärte, aber sich weigerte, einen Vertrag abzuschließen. Zwar ist ein Vertrag abgeschlossen worden, aber in Rußland erklären alle Parteien rechts der Bolschewiki ihn für ungültig, und die Bolschewiki selbst rechtfertigen seinen Abschluß nur damit, daß sie zu ihm gezwungen worden seien. Es besteht also scheinbar auf keiner Seite die Neigung, den Friedensvertrag von Brest-Litowsk als etwas wirklich Abgeschlossenes und Feststehendes zu betrachten. Wir haben im Osten mit einer fortdauernden Unsicherheit der Lage zu rechnen. Hätten wir ein anderes Ergebnis zu erwarten, wenn wir im Westen zu einem ähnlichen Frieden gelangten wie im Osten? Wo bleibt der Friede, wenn nicht einmal der Friedensvertrag ihn wirklich bringt? —

Die Steuer-Vorlagen im Reichstage

Besteuert den Besitz!

Reichserbschafts- und Dividendensteuer.

Der Empfang der neuen Steuervorlage in der Presse ist allgemein nach Verdienst schlecht. Nur die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ fühlen sich zu ihrer Verteidigung berufen. Das Organ des Bundes der Landwirte prüft seine Befriedigung aus, daß die Bestrebungen der Einzelstaaten im Bundesrat vollen Erfolg gehabt haben. Aber schon die altdeutsch-nationalliberale „Tägliche Rundschau“ nennt die famose neue Finanzreform ein steuerliches Fiasco. „Das weiß zurückbleibt hinter der mustergültigen englischen Kriegsteuerpolitik“. Sogar die nationalliberale „Königliche Zeitung“ polemisiert gegen die ausschließliche Reservierung der direkten Steuern für die Bundesstaaten. Die bundesstaatlichen Parlamente würden mit ihrer fortschreitenden Demokratisierung den Besitzenden sowieso keinen genügenden Schutz der Geldtaschen bieten. Der Grundsatz der Ausschließlichkeit der bundesstaatlichen Einkommen- und Vermögenssteuern sei auch bereits durch den Wehrbeitrag durchbrochen. Das rheinische Blatt fährt fort:

„Auch die Belastung des Verkehrs, des Umsatzes jeder Art, des Bieres und der alkoholfreien Getränke, können nicht ohne weiteres als unschädliche Eingriffe in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse angesehen werden. Wenn sie infolge der außerordentlichen Höhe des Bedarfs nicht zu umgehen sind, so bleibt doch die Frage zu prüfen, ob sie nicht wenigstens jetzt schon zum Teil in direkten Reichsteuern eine Ergänzung erfahren sollen. Von den Entwürfen im ganzen kann man nur sagen, daß sie also wiederum keine organische Ausgestaltung des Reichsfinanzwesens, sondern nur ein durch die einseitige Betonung der indirekten Steuern vielfachen Einwürfen ausgeföhntes Fiasco darstellen. Die notwendigen neuen Gesichtspunkte, die den berechtigten Wünschen der Bevölkerung und der verstärkten sozialen Gesinnung der Kriegszeit Rechnung tragen würden: Gleichmäßigere Heranziehung direkter und indirekter Steuerquellen und Erleichterung statt Erhöhung der Verkehrsgebühren, vermißt man in den Entwürfen. Ob die Hin- und Zurücknahme ihrer Berücksichtigung nicht eine unnötige Belastungsprobe der Volksstimmung darstellt, ist im Parlament ernstlich zu erwägen. Die großen finanzpolitischen Aufgaben des Reiches können anscheinend, wenn der Verlauf der Verhandlungen im Reich-

tag das Bild nicht erheblich ändert, vorläufig wieder mit den unzulänglichen Mitteln der Vergangenheit gelöst werden. Ein Steuersystem aus einem Gusse scheint noch nicht fertiggestellt zu sein. Wenn seiner Aufstellung auch zweifellos große Schwierigkeiten erwachsen würden, so dürfte ihre baldige Ueberwindung für den Wert der Leistung sprechen. Und diese Leistung darf das deutsche Volk von Regierung und Parlament angeht, seine großartigen Leistungen im Wirtschaftskampfe fordern. Denn sie wird erst die dauernde Festigung des wirtschaftlichen Ansehens des Reiches nach innen und außen nach diesem Kriege endgültig sicherstellen.

Nun gibt es aber eine direkte Steuer, die sehr hohe Erträge bringt, ohne in das Gehege des einzelstaatlichen Finanzministers zu kommen: die auszubauende Erbschaftsteuer. Die noch dadurch erweitert werden kann, daß dem Reiche das „Pflichtteil“ eines Kindes eingeräumt wird, wenn ein vermögender Erblasser nicht wenigstens drei Kinder oder Nachkommen von wenigstens drei Kindern hinterläßt. Dr. R. Kuczynski schlägt den Ertrag aus dem Ausbau der Reichsvermögenssteuer und Erbschaftsteuer auf zusammen 950 Millionen Mark. Der bisherige Ertrag brachte die kaiserliche Summe von 100 Millionen Mark. Die englische Erbschaftsteuer trug dagegen bereits im Jahre 1908/09 366 Millionen Mark ein und war an allen Einnahmen- und Steuern und Zöllen mit 14,6 Prozent beteiligt. Seither ist die englische Erbschaftsteuer bereits im Frieden und auch im Kriege kräftig erhöht worden. Sogar im kleinbürgerlichen Frankreich, dessen Finanzsystem von trauriger Rückständigkeit ist, brachte die Erbschaftsteuer bereits vor einem Jahrzehnt 200 Millionen Frank und ist seither wesentlich erhöht worden. Wird dem Reiche wie Kuczynski vorschlägt, unter den genannten Bedingungen der Pflichtteil eines Kindes eingeräumt, so ergibt sich eine weitere Einnahme von mindestens 650 Millionen Mark. Daß die geltende Reichserbschaftsteuer die Erbschaften nur höchst unvollkommen erfasst, beweist nichts klarer, als daß bereits vor zehn Jahren Fürst Bülow den Versuch einer Erweiterung dieser Steuer, die sehr wohl die besonderen Verhältnisse des Krieges mit berücksichtigen kann, gemacht hat. Das Reichskanzleramt aber bringt auch heute diese Steuer noch nicht. Es will, ehe es die großen Erbschaften, und mögen sie selbst aus dem Kriegswucher kommen, für die Reichszwecke nutzbar macht. Vorsorge treffen, daß in der Zukunft, wenn wieder einmal

Kaffee, Tee, Schokolade in unser Land kommen, keine arme Kriegswitwe, kein Kriegsinvalide eine Tasse dieser Getränke genießt, ohne dem Reich ausgiebig zu zollen. Eilig hat es das Reichskanzleramt mit der sehr energischen Besteuerung der Mineralwässer und des gefärbten Wassers, das man Bier oder Limonade nennt, sehr viel Zeit aber läßt es sich mit der schärferen Erfassung der Erbschaften, die in die Hände entfernt verwandter reicher Bettlern und Basen übergehen. Damit der Besitz und das Leistungsfähigkeit widerspiegelnde Einkommen des reklamierten Kriegsgeschäftemachers geschont werde, soll der Umsatz, den Frau und Kind des armen Schützengrabennannes mit der dürftigen Kriegsunterstützung bewirken, in Form einer Brot-, einer Kartoffelsteuer zu den Kriegskosten beitragen. Da darf man wohl fragen: Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit?

Neben der Reichserbschaftsteuer und einer etwaigen Erhöhung des Stempels auf Gründung von Aktiengesellschaften, der die bei dieser Gelegenheit meist erzielten hohen Gründergewinne sehr wohl treffen könnte, drängt sich der Gedanke einer Dividendensteuer auf. Die Steigerung der Kriegsdividenden hat allgemeinen Unmut erregt. Nichts natürlicher, als daß dem allgemeinen Volksempfinden Rechnung getragen wird, besonders da von einer Gefährdung volkswirtschaftlicher Interessen gar keine Rede sein kann.

Die Aktionäre werden sich zwar sicherlich über Doppelbesteuerung beklagen. Sie werden ins Feld führen, daß bereits die Einnahmen der Aktiengesellschaften von der Einkommensteuer, und zwar in Preußen sogar etwas höher als die der physischen Steuerträger getroffen werden und daß außerdem die Couponzahlungen nochmals als Einnahme der Einzelpersonen versteuert werden. Auch die Aktiengesellschaften selbst werden sich dagegen wehren, schlechter behandelt zu werden als der Einzelunternehmer. Dagegen ist darauf zu verweisen, daß das Risiko und die Arbeit des Aktionärs sehr viel geringer ist, als die des Unternehmers. Der Aktionär kann seinen Besitz ständig veräußern und hat selbst bei verlustreichem Verkauf den Vorteil, sein Geld sofort in neue Geschäfte stecken und sein Glück versuchen zu können. Der Einzelunternehmer ist in viel stärkerem Maße an seinen Besitz gebunden und eben diese ungünstige Lage zwingt ihn, unter schlechteren Bedingungen abzusteuern. Auch ist allgemein bekannt, daß die Aktiengesell-

...weil leichter arbeitet und groß wird, als das Werk eines
Unternehmers, auf dessen Rührkraft und Energie — vor-
ausgesetzt, daß er noch das Unternehmen persönlich leitet —
das Gelingen des Betriebes beruht.

Unter den jetzigen Zeitumständen erscheint eine Dividen-
densteuer ganz besonders gerechtfertigt. Die Abschlässe für das
Geschäftsjahr 1917 zeigen nämlich eine außerordentliche
Schwächung der Dividenden. Das beweist ein Doppelttes: Daß
die Kriegskosten für die die Rücklage meist vor Ausschüttung
des Abganges abgesetzt ist, durchaus ungenügend wirkt
und daß die Gesellschaften bestrebt sind, möglichst viel an ihre
Aktionäre zu verteilen, um einen späteren Rückgriff des Reiches
auf ihr Vermögen unmöglich zu machen.

Eine höchst erwünschte Nebenfolge der Dividendensteuer
wird sein, daß sich die Kapitalisten in erhöhtem Maße dem
Markt der festverzinslichen Werte zuwenden, die schon vor
dem Kriege sehr stark unter dem Wettbewerb der gut rentieren-
den Aktien gestanden haben. Es ist ein grundlegendes finan-
zielles und soziales Interesse, daß der Anlagemarkt möglichst
gefördert wird. Wenn die Kurse der Aktien sinken, so sind
Bank, Staat und Gemeinden gezwungen, neue Anlagen zu
noch schlechteren Bedingungen aufzuliegen, will sagen, zu
niedrigeren Kursen und zu höherer Verzinsung. Dasselbe gilt
von dem Abfall von Pfandbriefen. Wenn diese kommenden
Schuldverdeckungsansuchen zu einem Zeichnungspreis von
80 Prozent und einem Zinsfuß von 5 1/2 Prozent erfolgen,
statt zu einem Zeichnungspreis von 90 Prozent und einem
Zinsfuß von 5 Prozent, so bedeutet das eine Verteuerung des
Kredits von 5 auf 6 Prozent oder um 20 Prozent der aus-
machenden Zinssumme. Es braucht keine Worte, um zu
beweisen, wie sehr dadurch alle öffentlichen Körperschaften in
der Kreditaufnahme für soziale Zwecke gehemmt sind, wie sehr
sie sich durch die Steigerung der Zinssummen die Steuerlast
erhöht und wie empfindlich im besonderen die Kreditbeschaffung
für den so dringlichen Neubau von Wohnungen erschwert wird.

Das Reichsschatzamt ist also nicht auf Gelegenheitswerke an-
gewiesen, die zum Teil für die nächste Zeit überhaupt nichts
bringen, zum Teil die lebenswichtigsten Waren am empfind-
lichsten treffen. Der Reichstag wird kein Ansehen im ganzen
Volke kräftigen, wenn er alle Verlegenheitsprodukte einer un-
vollständigen Finanzpolitik von vornherein ablehnt und die Beküm-
mernissen der Opfer an Geld für das Vaterland heranzieht, für
das die steuerlich am wenigsten leistungsfähigen Volksklassen
mit ihrem Blute genugsam gezinst haben.

Die Steuer-Vorlagen im Reichstage

Der Reichstag begann am Dienstag die erste Lesung der
Vorlagen, die die 11 neuen Steuern enthalten. Es wird wohl
kein Parlament geben, das an die Beratung neuer Steuern
mit freudigen Gefühlen herangeht und besonders bei dieser
ungeheuren Forderung nach einem Steuerertrag von 3 Mil-
liarden im Jahre hat ja jeder, auch wenn er sich bisher davon
peinlich ferngehalten hat, eine Ahnung davon beschlissen, was
so ein Krieg für die beteiligten Völker bedeutet — ganz abge-
sehen von den ungeheuren Menschenopfern, die er schon
während seiner Dauer erfordert.

So unterschiedlich sich denn auch die einleitende Rede des
Reichsschatzsekretärs Grafen Roedern im Ton natürlich sehr
von den Worten, mit denen er sonst Kriegskreditvorlagen be-
gründete und die Zeichnungserfolge der Kriegsanleihen feierte;
das letztere hat er übrigens auch zur Einleitung seiner Steuer-
rede getan. Hervorzuheben ist aus ihr die Ankündigung, daß
das Programm des Reiches auf dem Gebiete der direkten
Steuern noch nicht erschöpft ist, auch eine Reichserbschaftsteuer
wurde angefügt. Aber solange eben das allhergebrachte
System besteht: die direkten Steuern den Einzelstaaten, die in-
direkten dem Reich — solange wird bei jeder neuen Steuer-
reform dieser Zwiespalt neu erweckt, der noch verschärft wurde
dadurch, daß das Reich, der Not gehorchend, nicht dem eignen
Trieb, schon beim Wehrbeitrag und dann bei der Kriegsteuer
kräftig auf dem Gebiete der direkten Besteuerung vorgehen
wußte.

In großzügiger Betrachtung unterwarf Genosse Keil den
umfangreichen Steuerplan einer scharfen, wohlverdienten Kri-
tik. Selbstverständlich befreit die Sozialdemokratie nicht die
Notwendigkeit der Deckung des Bedarfs, im Gegenteil, sie lehnt
alle Verirrtungen auf Kriegsschuldigung ab, aber sie
wünscht statt eines Stückwerks, das immer neue Teilreformen
nach sich ziehen muß, einen organischen Neubau des gesamten
Steuerwesens im Reich und in den Bundesstaaten, der
drückende Verkehrs- und Massenverbrauchssteuern zu vermeiden
gestaltet würde.

Wir sind nun leider aus bekannten Gründen nicht in
der Lage, die ganzen Verhandlungen über die Steuerdelatte
hier wiederzugeben; wollen aber doch die — wichtigsten Reden
des Staatssekretärs Grafen Roedern und die Ant-
worten des Genossen Keil unteren Lesern nachfolgend unter-
breiten:

Die erste Lesung der Steuer-Vorlagen

Staatssekretär Graf Roedern dankt allen an der Mitarbeit
für die Reden der Beteiligten. Ueber 11 Milliarden sind schon
von dem ersten Reichsanleiheanleihe eingezahlt worden. In dem
Gesamtvermögen der Kriegsanleihen sind wir dem Sieger voraus.
Das erfordert die ganze Welt an. Der Reichstag beschließt sodann die
Steuerpolitik. England ist uns damit in manchen Punkten voraus, weil es
ein Einkommensteuersystem hat. Aber auch England ist nur die Ein-
leitung zu dem neuen System, das wir in Deutschland einführen wollen.
Wir sind nun leider aus bekannten Gründen nicht in der Lage,
die ganzen Verhandlungen über die Steuerdelatte hier wiederzugeben;
wollen aber doch die — wichtigsten Reden des Staatssekretärs Grafen
Roedern und die Antworten des Genossen Keil unteren Lesern nachfolgend
unterbreiten:

Die Vermögensfrage. Die Einkommensteuer der physischen
Personen und die Erbschaftsteuer sind bereits erlassen. Die Einzel-
staaten sind nach der Rede des preussischen Finanzministers auf eine
Erweiterung der direkten Reichsteuern durchaus gefaßt. Sehr wäre
eine grundsätzliche Reform der direkten und indirekten
Steuern noch vorzuziehen. Wir kennen noch nicht die Höhe der Ent-
schädigung, die wir uns erlauben. Unsere Steuererhebung ist
sein Stückwerk und braucht einen Vergleich mit dem Zustand nicht zu
suchen. England große Steuererhebungen zeigen wieder eine neue
Phase nach einer krasse Reform. Der Erfolg unserer bisherigen
Angelegenheit geht auf gewisse Punkte hin, der Reichsanleihen
und Bilanzierung des Staats. Auch diesmal wird der Reichstag
bestrebt sorgen, daß der deutsche Kredit unerschütterlich fest dasteht.
(Beifall.)

Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie

Höf. Keil (Sozialdemokrat):

Die neuen Steuern bilden für uns keine Ueberraschung. Die
Einnahmen zur Bilanzierung des Staats müssen geschaffen werden.
Wir wollen nicht die Zinsen der Kriegsschulden mit neuen Schulden
zahlen, sondern hätten es für richtig gehalten, wenn auch wir wie
England einen wesentlichen Teil der Kriegskosten durch laufende Ein-
nahmen gedeckt hätten. In England werden die Kriegsteuern in
diesem Jahre auf 34 Milliarden Mark gebracht. Es wäre wünschens-
wert, daß das Reichsschatzamt eine Ueberraschung der englischen Finanz-
politik während des Krieges anfertigte und dem Ausschuss zugänglich
mache.

Der Besch wird in England in einer Weise belassen, die in
Deutschland Heulen und Zähneklappern hervorrufen
würde.

Dr. Heffrich hat uns vor zwei Jahren versichert, das Bleigewicht
der Milliarden für den Krieg während unsere Beginn mittragen.
Aber er hat auch gleichzeitig auf neue Steuern im großen Umfang
hingewiesen. Angesichts der ganzen Entwicklung unserem Volke vor-
reden zu wollen, wir brauchen später keine neuen Steuern, weil wir
entsprechende Kriegsschuldigungen erhalten werden, wäre ganz un-
verantwortlich.

Schöf der sächsische „Merkur“ gibt zu, daß
ein selbst völlig zerschmetterter Gegner eine erhebliche
Kriegsschuldigung gar nicht leisten könnte.

Wir brauchen Rohstoffe und Nahrungsmittel nach dem Kriege und
diese können England und Amerika uns wenig geben, je mehr
sie Kriegsschuldigungen zahlen müßten. Sie würde auch die Welt-
wirtschaft gegen uns verengen und uns dadurch eine Rüstungslast
auferlegen, die eine Kriegsschuldigung mehrfach aufwiegen müßte.

Das deutsche Volk hat andere Interessen und Ideale
und will den Krieg einer höchst zweifelhaften Kriegs-
schuldigung wegen auch nicht einen Augenblick weiter-
führen, wenn ein seinem Bestand und seiner Zukunft-
entwicklung sicherer Friede erreichbar ist. (Sehr
richtig! bei den Soz.) Jeder Monat, den das Volk den
Krieg um des Eintrages einer zweifelhaften Kriegs-
schuldigung willen fortsetzen muß, kostet uns selbst
4 Milliarden.

Niemand darf unseren Truppen dranhin zumuten, daß sie um
schändlichen Mammens willen den Kampf fortsetzen. (Sehr gut bei
den Soz. — Juraus rechts: Wer tut denn das?) Wer da sagt, daß
wir den Kampf fortsetzen müssen, bis die Gegner zahlen, daß sie
schwarz werden! (Sehr wahr!) Das kann man vielleicht dranhin im
Schlaggeschrei sagen, aber nicht von der Tribüne des Herren-
hauses! (Sehr gut bei den Soz.) Was die Vorlage selbst anlangt,
hat sie unsere Erwartungen, wie sie der Staatssekretär in seiner
Einführungswort erweckt hatte, sehr enttäuscht. Einen ersten Schritt zur
Gesamtsystemreform können wir in diesen Steuern nicht erblicken. Von
einem systematischen Aufbau der Steuern ist keine Rede. Nach den
jetzigen Erklärungen des Staatssekretärs handelt es sich auch diesmal
nur um eine neue Zwischensystem. Hat der Staatssekretär schon
überhaupt einen großen Zukunftsplan? Diesmal sind die Steuern
wieder ohne einheitlich schöpferische Idee aus allen Ecken und Winkeln
zusammengewischt. Diese Zusammenstellung ohne leitende Idee ist
ein Fließband, das nichts Ueberzeugendes und Achtunggebietendes hat.
(Sehr wahr! bei den Soz.) Die Psychologie der breiten Massen, der
Einfluss auf die Wählerbestimmungen ist nicht berücksichtigt.

Es wird hier wieder das zersplittert, was durch soziale und
bevölkerungspolitische Maßnahmen erreicht worden ist.
Von den 3 Milliarden werden etwa 2 1/2 Milliarden fort-
laufende und wiederkehrende Steuern sein, die den Ver-
brauch der breiten Massen belasten; nur eine einzige
Steuer, die auf den Kriegsgewinn der Gesellschaften, ist
eine direkte, und diese wird nur einmal erhoben.

Wie ist die Einbringung eines solchen Steuerkomplexes zu erklären?
Nur daraus, daß im Bundesrat nicht Männer entscheiden, die im stu-
dierenden Leben stehen, sondern verhärtete Bürokraten. Mit Jah-
ren und Klauen hatten die bundesstaatlichen Finanzminister an dem
Dogma fest, daß die direkten Steuern Domäne der Bundesstaaten
seien, sie fürchten, man will ihnen die direkten Steuern ganz ent-
ziehen. Wir denken gar nicht daran, ihnen ihre Einnahmen zu be-
schränken, sie sollen ihre Kulturaufgaben lösen. Wenn aber nach
dem Kriege die Steuerbedürfnisse ungeheuer steigen und drei Viertel
oder sieben Achtel dieser Steigerung auf Bedürfnisse des Reiches
entfallen, so können nur politische Verfechter dem Reich den Zugang zur
erweiterten und gerechten Steuerquelle verwehren wollen. Durch
das Festhalten an dem Grundsatz, die direkten Steuern gehören den
Einzelstaaten, ist die ganze Steuerpolitik des Reiches von Anfang an
zerstückelt und eine großzügige Steuererhebung verhindert wor-
den. Ein Brechen mit dieser versteinerten Doktrin ist notwendig,
sonst kommt das Reich aus der Unfreiheit in den Steuerfragen nicht
heraus. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Staatssekretär beugt sich
zu wenig dem Diktat der einzelstaatlichen Finanzbureaufürten.

In dieser Zeit, in der alle Bürgerrechte suspendiert sind,
in der Millionen ihr Leben hingeben, damit das deutsche
Reich bestes, in der jeder seinen Spargroschen hingibt
für das Reich, bestehen die bundesstaatlichen Finanz-
minister wie Sphing auf ihrem Schein, daß dem Reich
nichts von den direkten Einkommensteuern zukommt.

Wird der Staatssekretär in diesem Kampfe unterliegen, vielleicht weil er
nur ein Scheingefecht führt, so muß der Reichstag ihm zu Hilfe
kommen.

In dieser Richtung darf der Reichstag die Steuern
keinesfalls annehmen, soll nicht der schwerste Schaden
im Gefühlsleben und Rechtsbewußtsein des Volkes ent-
stehen. Die besessene und rohe Steuer ist die Um-
satzsteuer, die eine Massenverbrauchssteuer großen Stils
bedeutet.

Sie bedeutet für viele nicht nur eine Belastung, sondern auch eine
Belästigung. Nicht ausgenommen davon sind die Familien, die schon die
Kriegsteuer zu tragen haben. Dabei ist die Rolle für die Industrie
und die Bevölkerung so notwendig, wie das tägliche Brot, darum sollte
man es bei ihrer einmaligen Besteuerung belassen. Auch die Kursteu-
ren kann uns die Umsatzsteuer nicht schmächter machen. Ihr
Gedanke ist ganz distanziert, aber es muß eine fortwährende Zermürung
der Gegenstände erfolgen, die als Luxusgegenstände gelten und es
muß auf die Ertragsfähigkeit der best. Industrie Rücksicht genommen
werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die beste Kursteuer ist die noch oben ausgebaute Ein-
kommensteuer. Nur können wir nicht die Steuern für die Be-
stehenden durch eine Kursteuer von der Pflicht los-
setzen, durch eine progressive Einkommensteuer dem
Reiche zu geben, was das Reiches ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie auf Millionen hat
das Reichsschatzamt abgenommen, was an Umsatzsteuer die besten
Mittel abzugeben kann, nämlich 8 Tausend Mark. Wie es zu dieser Zahl
kommt, sagt der Staatssekretär nicht. Bei volkswirtschaftlichen Unter-
suchen scheint die Regierung stets nur an Kapitalistenfragen zu denken.

Ueber die Wirkung der Steuern auf die Lebenshaltung,
die Arbeitszeit, den Kulturzustand der Massen, sagt die
Regierung nichts. Möge uns, wenn in der Kapital-
bildung und -anbahnung allein die Lebenskraft des wirt-
schaftlichen Fortschrittes erblickt wird. Das Uebelweil
des wirt. stillen Lebens bleibt die Arbeitskraft und
die Menschenkraft.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Lassen wir diese ver-
kümmern, so müßte uns alle Kapitalbildung nichts. Nun ist gerade
die beste Menschenkraft durch den Krieg außerordentlich geschwächt
und wir brauchen nach dem Kriege soziale Hebung der Massen. Diese
wird verhindert im höchsten Maße durch die Umsatzsteuer, die gerade
die Armen im Verhältnis zu ihrem Einkommen am härtesten be-
lastet. Das gleiche gilt auch von der Postabgabe, die nach der vor
zwei Jahren bewilligten Abgabe eine Ueberbürdung bildet. — Etwas
anders zu beurteilen ist die Börsensteuer. Sie bildet eine einseitige
Belastung des mobilen Kapitals und läßt das immobile frei, das im
Kriege sehr gute Geschäfte gemacht hat und auch bei den neuen Steuern
sehr gut meißt. Deshalb muß nach einer Belastung auch des
immobilen Kapitals gesucht werden. Keineswegs aber ist die Börsen-
steuer abzulehnen. Sie ist vielmehr noch zu gering, und kann er-
heblich verbessert werden. Insbesondere können die Leute, die
hunderttausende aus Aufsichtsratsposten schöpfen — oft sind 50 solcher
Posten in einer Person vereinigt — sehr wohl höhere Opfer bringen,
als die Vorlage vorsieht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auch wäre sehr wohl Zeit, eine allgemeine Dividenden-
steuer einzuführen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die himmelstreichende
Auffassung des allgemeinen Volkvermögens durch groß- Industrie-
unternehmungen fordert geradezu dazu heraus. Sind doch Divi-
denden von 50 Prozent keine Seltenheit mehr. In diesen Einnahmen,
die auf der Straße liegen, geht der Staatssekretär stolz wie ein
Spanier vorbei. Eine solche Bevorzugung des Reichtums ist unerhört.

Der Einwand der Doppelbesteuerung ist hinsichtlich
einer Zell, wo von einem Verdienst des einzelnen
Aktionärs an dem Prosperieren des Betriebes keine
Rede mehr sein kann.

Eine kräftig gestaffelte Dividendensteuer könnte ganz andere Ertrags-
nisse bringen, als die armselige kleinliche, geschäftige Einkommensteuer.
(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsgewinnsteuer der
Gesellschaften stimmen wir zu, verlangen aber wie der Vorredner
einen Ausbau und eine Umänderung der jetzigen Kriegsgewinnsteuer.
Jetzt wird all das, was verschwendet wird, von der Steuer nicht er-
faßt. Vor allem muß die Steuer überall gleichmäßig sofort er-
faßt. In Preußen ist die Besteuerung durch die Landräte noch
viel zu lag, während sie in Süddeutschland sehr scharf ist. Nicht
daher eine einheitliche Reichskontrolle über die Veranlagung. Ueber-
haupt wäre die Schaffung einheitlicher Grundlagen von reichswegen
für alle direkten Steuern geboten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wie steht es mit der Erbschaftsteuer?

Der Staatssekretär hat verkündet, sie würde später nicht zu umgehen
sein, jetzt komme es darauf an, bestehende Steuern abzuschließen.
Angeht die Erfahrungen mit der Poststeuer traue ich dem nicht
recht. Aber ist nicht auch die bestehende Erbschaftsteuer nicht nur
sehr dürftig erschlossen und erweiterungsfähig? (Sehr wahr! bei den
Sozialdemokraten.) Der Ausbau der Erbschaftsteuer hätte der erste
Vorschlag sein müssen, heute gewinnen wir aus ihr nur 60 Millionen,
während wir wie England eine Milliarde daraus ziehen könnten.

Neben der Erbschaftsteuer läme die Erneuerung des
Wehrsteuerbeitrages in Betracht.

Die Gründe, die seinerzeit im Frieden für seine Einführung sprachen,
gelten heute mit verzehnfachter Wucht. Damals brachte er eine
Milliarde, heute muß er erheblich mehr bringen, wenn der Reichstag
ihn ernstlich will, werden die einzelstaatlichen Finanzminister ihn
nicht wie vor zwei Jahren abwürgen können. Der gegenwärtige
Vizekanzler machte vor zwei Jahren die Zustimmung seiner Fraktion
zu den neuen indirekten Steuern von einer dem Vermögen des Ein-
zelnen angepaßten Besitzsteuer abhängig. Heute wird ein erheblicher
Mehr an indirekten Steuern gefordert, also muß auch die Besitzsteuer
viel höher sein. Aber die Wehrsteuer darf nicht ein Erfolg sein für
eine starke Abgabe aus der Vermögenssubstanz. Diese wird nach dem
Kriege notwendig sein, weil unsere Wirtschaft einen erheblichen Teil
der Lasten mit einem Male abkürzen muß, um sich zu erholen.

Durchaus zu billigen ist auch der Grundgedanke des
Geheges gegen die Steuerflucht, und es ist richtig, daß
der Steuerflüchtige mit dem Fahnenflüchtigen auf eine
Stufe gestellt wird.

Diesen Musterpatrioten muß jede Möglichkeit entzogen werden, sich
der Steuerpflicht zu entziehen. Aber wir müssen die Vorlage doch
daraufhin prüfen, daß der ehrliche Mensch, der sich im Zustand be-
trauen will, nicht in seiner Freizügigkeit gehemmt wird. Aber jetzt
handelt es sich darum, die nötigen Summen von 1918 zu beschaffen,
so daß schwere soziale Schäden vermieden, dem Gerechtigkeitsgefühl
des Volkes Rechnung getragen und keine unnötige Belastungsprobe
gemacht wird. Einmal wird ja dieser lange Reichstag sein Ende er-
leben, und dann werden wir alle Rechenschaft ablegen müssen für die
inhaltslosere Entscheidungen, die wir in den langen und schwereren
Jahren getroffen haben. In diesem Tage werden ungeheure Zu-
kunftsaufgaben vor uns stehen und es wäre ein Unglück, wenn die
geistigen Kräfte sich durch in rückblickenden Anklagen und Vorwürfen
erschöpfen. Dem beugen wir vor, wenn wir uns her großen sozialen
Verpflichtung bewußt sind, die die Zeit an uns stellt. Dann werden
wir im Wahlkampf alle unsere Kräfte einsetzen können, um die
Schäden zu heilen, die der Krieg uns geschlagen hat. (Beifall bei den
Sozialdemokraten.)

W. T. B. Berlin, 23. April. Der Vorkonferenzrat des Reichstages
trat vor Beginn der Vollversammlung zusammen und einigte sich
dahin: Mit Rücksicht auf die sch. hten Verkehrsverhältnisse soll die
für Ende dieser Woche vorgesehene Pause vom Sonnabend bis Dien-
stag kommender Woche einschließlich verlängert werden. Die Steuer-
vorlagen sollen zur Vorbereitung zum Teil dem Hauptauschuss zum
Teil zwei besonderen Ausschüssen überwiesen werden, und zwar die
Umsatz-, Post- und Telegraphengebühren, der Reichsstempel, Wechsel-
stempel, die Gesellschaftenbesteuerung und Steuerflucht dem Haupt-
auschuss, das Branntweinmonopol einem besonderen Ausschuss und
die Biersteuer, der Bierzoll und die Wein-, Schaumwein- und
Mineralwassersteuer einem zweiten Ausschuss.

Hunde an die Front!

Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die
Hunde durch ihr kühnes Trommelfeuer die Meldungen aus der ersten
Linie in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Sol-
daten ist durch Abnahme des Meldeweges durch die Meldehunde
das Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind
durch die Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Deshalb der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande be-
kannt ist, gibt es noch immer Besitzer von kriegsbrauchbaren Hunden,
welche sich nicht entschließen können, ihr Tier der Armee und dem
Vaterlande zu leihen.

Es eignen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Aita-
dale-Terrier und Rotweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen,
die schnell, gesund, mindestens 1 Jahr alt und von über 50 Zentimeter
Schulterhöhe sind, ferner Leonberger, Newfoundland, Bernhardiner
und Doggen. Die Hunde werden von Fachkreisen in Hundeschulen
ausgebildet und im Erlebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer
zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie
müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

An alle Besitzer der vorangenannten Hunderassen ergeht daher
nachdrücklich die dringende Bitte: Stellt eure Hunde in den Dienst des
Vaterlandes!

Die Anmeldungen für die Kriegs-Hunde-Schule und Melde-
hundschulen sind zu richten an die Inspektion der Nachrichtenruppen,
Berlin W., Anzefürstendamm 152, 1. Hof, Meldehunde. 127

Völkermord!

Sonnendurchstrahlter Valentag! Fröhlich tollert der Lachen Schlag Und Frühlingsregen durchbar, die Natur, Dräutlich schmücken sich Wald und Flur Mit freundlichem Grün, mit zarten Blüten...

er auch alle die vielverheißten den Anfänge auf dem Gebiete der Arbeiterbeschäftigung zum alten Eisen geworfen. Von einem Normalarbeitstag, den sich vor dem Kriege viele Gewerkschaftsgruppen aus eigener Kraft nach mühseligem Ringen erkämpft, ist heute fast nirgends mehr die Rede.

Das hat der Weltkrieg zumege gebracht. Die Proletarier aller Länder sprachen schon immer verschiedene Sprachen. Aber trotzdem verstanden sie sich und einten sie sich zu gemeinsamer Tat für Kultur und allgemeine Menschlichkeit.

So entrollt uns dieser Weltkrieg ein trauriges Bild des sozialen Rückschritts und der Zerfahrenheit und Uneinigkeit der Arbeiterklasse. Die einst so achtunggebietende Arbeiterinternationale ist tot und mit ihr scheinen eingefahrt unsere alten Kulturforderungen, obwohl deren Wiederbelebung durch Rumpfparlamente der ehemaligen Arbeiterinternationale wiederholt während des Krieges versucht worden ist.

nach einer durchgreifenden Sozialgesetzgebung. Dieser Auf ist ja auch während des Krieges niemals erstorben und hat wiederholt mitten im Grausen des Weltkrieges nach geschlicher Gestaltung gestrebt, ohne bisher nachhaltige Beachtung und noch viel weniger eine den Forderungen entsprechende Erfüllung gefunden zu haben.

So bietet uns diese Betrachtung einen kümmerlich tröstlichen Ausblick in die Zukunft. Keinesfalls wollen wir aber vergessen, daß noch unendliche Mühe und Arbeit nötig sein werden, um auf die rechte Bahn zu gelangen.

Diese Ueberzeugung von der Notwendigkeit des geeinten proletarischen Aufmarsches wird sich — erzeugt und getrieben durch viele wirtschaftliche und politische Einflüsse — nach dem Kriege mit Naturgewalt durchsetzen und die Bahn freimachen zum weiteren kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Die Entente-Sozialisten an die Sozialisten der Mittelmächte

Die „Humanität“ vom 7. April veröffentlicht ein Schreiben des Internationalen Sozialistischen Bureaus an Branting vom 11. März, worin dieser ersucht wird, das von der interalliierten Sozialistenkonferenz in London am 23. Februar angenommene Memorandum den Sozialisten Deutschlands, Österreich-Ungarns und Bulgariens zu übermitteln.

London und Le Havre, 1. März 1918. An die Sozialistischen Parteien Deutschlands, Österreich-Ungarns und Bulgariens. Genossen!

Die dritte interalliierte Sozialistenkonferenz, die in London vom 20. bis 23. Februar tagte, hat den Vorsitzenden und den Sekretär des Vollzugsausschusses des Internationalen Sozialistenbureaus beauftragt, Euch den authentischen Text des Memorandums zu übermitteln, das von der Delegiertenversammlung der Arbeiter- und sozialistischen Organisationen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Belgiens angenommen ist.

Eine Sondergesandtschaft, bestehend aus Stuart, Burnittag (England), Jouhaux und Cachin (Frankreich), einem belgischen, einem italienischen Delegierten und dem Sekretär des International-sozialistischen Bureaus Camille Huysmans, ist nach

Zum 1. Mai

Der Tag des ersten Mai ist so recht zu einer Rück- und Auschau geeignet. Mit Behmut gedenken wir jenes ersten Westparlaments der Arbeit, das im Juli 1889 während der Jahrhundertfeier der französischen Revolution in Paris zusammentrat und die Arbeiterinternationale neu begründete.

Der Weltkrieg hat die Arbeiterinternationale, die seit dem Jahre 1890 am ersten Mai jeden Jahres für diese großen Kulturforderungen eintrat, zerrissen und zerstampft. Zugleich hat

Besuch am Karfreitag beim „Danziger Regiment“

Aus dem Felde wird uns geschrieben: Die Division, der unsere Danziger Regimenter angehören, hatte sich in der ersten Woche der großen Kaiser Schlacht ganz besonders durch schnelles schneidendes Vorgehen ausgezeichnet und nach Zurücklegung von rund 60 Kilometer die Sommeschlachtstellungen bereits überschritten.

sind in „rauchen Mengen“ erbeutet. Auch ängstlich schnatternde Kadgeschirrapirantien werden wieder „gspürt“. Dort brüt eine Gans über dem Feuer, zum Kaffee gibt es Kartoffelpuffer, zum Abendbrot englischen Schinken.

Dankbaren Herzens verließ ich die lieben alten Kameraden, bei deren Händedruck einem der Pulsschlag warmen frischen Lebensmutes entgegenpochte. Als mich gegen Abend der Kraftwagen durch die Dörfer führte, die wir seinerzeit vor der Sommeschlacht fast ein Jahr bewohnt hatten, beschloß ich zur Feier des stillen Freitags den einst dort bestatteten Gefallenen des Danziger Regiments den Gruß ihrer siegreichen Kameraden zu überbringen.

Im Banne dieser Erinnerungen bin ich vor dem wieder-erkämpften Ehrenfriedhof angelangt, dem deutsche Heldengräber den Stempel ureigensten deutschen Besitztums in Feindesland aufdrücken. Unordentlich gezogene Drähte wölken mit den Eingang versperren. Ich erzwingte ihn mit. Doch welche

ein Anblick bietet sich meinem Auge! Das vor zwei Jahren feierlich geweihte Denkmal ist durchschlagen und das Kriegerauge erkennt auf den ersten Blick, daß die Zerstörung nicht einer Granate zuzuschreiben ist. Ich schreibe jetzt von Grab zu Grab. Alte bekannte Namen künden mir „der redende Stein“. Hier ruhen die vier wackeren Männer, die im Stollen ihres Kompagnieführers von einer Torpedominne verschüttet wurden, dort steht der große Gedenkstein für die acht Kirchgänger, die am ersten Oftertag auf dem Rückwege von Biancourt eine feindliche Granate dahintrafte.

Oberleutnant Meißner, Offizierkriegsberichterstatter.

maligen Waffen zur Stadterordneten-Versammlung vom Gewerkschaftsrat vorbereitet und erledigt werden sollen.

Sellin macht auf die Karl-Mary-Jeler am Sonntag den 5. Mai und die Wahlrechtsversammlung am Montag den 29. April aufmerksam.

Beide Veranstaltungen finden im Steppuhnschen Lokale in Schödlitz statt. Nachdem noch Karschewski im Namen der Versammlung dem Vorsitzenden Sellin für seine langjährige Tätigkeit gedankt hatte, wurde die gut verkaufene Versammlung geschlossen.

Der Sozialdemokratische Verein Dönnitz-Stadt veranstaltet am Montag den 29. April im Steppuhnschen Lokale eine Wahlrechtsversammlung mit Genossen W. Krüger als Referenten. Für guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen, ist Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Christliche Gewerkschaften und Sozialdemokratie Das „Westpreussische Volksblatt“ bringt in seiner Dienstag-Knummer eine Notiz, die sich mit unserem Bericht unter der Überschrift „Eine eigenartige christliche Metallarbeiter-Versammlung“ beschäftigt.

Stadttheater Die Tragödin Irene Eriech wird am Donnerstag den 2. Mai als „Klara“ in Hebbels „Maria Magdalena“, und am Freitag den 3. Mai als „Hedda Gabler“ gastieren.

Die Gemeindefürsorge der Frau Am wette Frauenteile für das wichtige Gebiet der Gemeindefürsorge der Frau zu interessieren, sie darüber aufzuklären und in die Gemeindefürsorge einzuführen, ist in Danzig ein unter dem Vorsitz von Fräulein Marie Mayer, Rottmannsdorf, wirkender Verein gegründet worden.

Städtische Wohnungsfürsorge In einer staatlichen Denkschrift über die Wohnungsfürsorge in Bayern wird betont, der Krieg habe lähmend gewirkt auf alle Bestrebungen, die gemeinnützige Bautätigkeit zu fördern.

Der Westpreussische Provinzial-Gastwirtsclag tagte am 24. April im „Danziger Hof“. Den wichtigsten Verhandlungsgegenstand bildete ein Vortrag des Verbandsvorsitzenden Ruhn über das „Gastwirtsclagsgewerbe im Krieg und im Frieden“.

Ein gelbes Organ. In der Nummer 15 der „Volksmacht“ machten wir Mitteilung von der unangenehmen Verteilung des in Berlin erscheinenden gelben Blattes „Arbeiter-Schutz“.

„Die Heide bietet's niemals so, Daß man oft drüschel leeres Stroh; De jerum, jerum! rund herum, Wie ist doch alles öd' und humm!“

Ernährungs-Versorgung. Der Reichsverband zur Förderung parlamentarischer Bauwesen E. V. (Sitz: Berlin W. 80, Mohrstraße 8) hat vor längerer Zeit einen anfangs Mai fällig werdenden Wettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für die Verbilligung des Kleinwohnbaues ausgeschrieben.

Konsum und Spargenossenschaft. Sonntag, den 21. April fand in der Maurerherberge die Generalversammlung der Konsum- und Spargenossenschaft statt, in der der Geschäftsführer Mitsch den Geschäftsbericht erstattete.

Die „Freie Baugenossenschaft zu Danzig“ ist jetzt soweit eingerichtet, daß sowohl die Ausgabe der Mitgliedskarten wie Einzahlungen auf Anteile im Bureau, 4. Damm 7, erfolgen können.

Spruch Jedes Goldstück, das sich feig verbirgt, Wird zum Feinde, der uns höhrend würgt; Jeder Goldschmied, den der Eitle frägt, Wird ein Englandschwert, das sticht und schlägt.

Der Westpreussische Provinzial-Gastwirtsclag tagte am 24. April im „Danziger Hof“. Den wichtigsten Verhandlungsgegenstand bildete ein Vortrag des Verbandsvorsitzenden Ruhn über das „Gastwirtsclagsgewerbe im Krieg und im Frieden“.

Rechtsanwalt Jander hielt dann einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über den „Fremdenverkehr nach dem Krieg“.

Ernährungsfürsorge für die Kriegsbeschädigten. Die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat sich an den Magistrat gewandt und gebeten, die Kriegsbeschädigten mit künstlichen Gliedern als Schwerarbeiter zu versorgen.

Spezialpreise auf der Kaiserlichen Werft Die Öffentlichkeit beschäftigte sich kürzlich mit der Lebensmittelverteilung auf der Kaiserlichen Werft in Danzig.

gelegten sein lassen. Grundsätzlich alle Kriegsbeschädigten als Schwerarbeiter anzuerkennen, geht leider nicht an, da der Umfang der Beschädigung und ihr Einfluß auf den körperlichen Zustand des Kriegsbeschädigten außerordentlich verschieden ist.

Spezialpreise auf der Kaiserlichen Werft Die Öffentlichkeit beschäftigte sich kürzlich mit der Lebensmittelverteilung auf der Kaiserlichen Werft in Danzig.

Nach dieser Zeit ist Sped nur zu den genannten hohen Preisen und in solch schlechter Beschaffenheit zur Verteilung gelangt, daß man glaubte, gefälschtes Fleisch gekauft zu haben.

Ueber die Art der Lebensmittelverteilung durch den Wohlfahrtsverein wird sehr geklagt. Die Behörde will, das Arbeiter an der Verteilung von Lebensmitteln teilnehmen sollen.

Wie der Zwischenhandel die Waren verteuert wollen wir an einem Beispiel zeigen. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat am 23. März d. J. Höchstpreise für einige Gemüsearten festgesetzt.

Table with 3 columns: Gemüseart, Erzeugerpreis, Großhandelspreis, Kleinhandelspreis. Rows include Dauerweißkohl, Dauerrotkohl, Rote Spießbohnen, Kohlrüben.

Der wegen großer Getreideschleibungen im vorigen Jahre zu 6 Monaten Gefängnis und 428 420 Mk. Geldstrafe verurteilte Graf Ignaz Wielzyński-Szwed ist jetzt in Haft genommen worden.

Zur weiteren Verteilung der Milch. Um eine schnelle Verteilung der Milchzuführen auch in der wärmeren Jahreszeit an Sonn- und Feiertagen sowie an Werktagen nach 7 Uhr abends zu ermöglichen, hat die Kommandantur die durch Bekanntmachung vom 16. 3. 1918 erlassenen Beschränkungen der Ladenzzeit für den Milch-Verkauf aufgehoben.

Mg. Abgabe von Lebensmitteln. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel- und Kartoffelkarte erhältlich sind.

Die Preisermäßigung der Prevalenzkaffee für Gemüse und Obst hat am Dienstag Nachmittags für Frühgemüse festgesetzt. Hierbei kam es zu einer recht interessanten Generaldebatte, bei der Fräulein St. in Meier, Thorn die überraschende Mitteilung machte, daß Thorn im vorigen Jahre ungeheure Mengen Gemüse erhielt, die viel größer waren als jemals in Preußen. Noch mehr überraschte die weitere Mitteilung dieser Dame, daß Thorn diesen Erfolg dadurch erzielt hatte, daß die Stadt einfach über die für die Provinz Westpreußen festgesetzten Höchstpreise hinaus höhere Preise festlegte. Das hatte zur Folge, daß jetzt aus der Grauburger Niederung Gemüse an den Thorer Markt kam. Wir wollen nicht, daß der Staatsanwalt gegen diese Gesetzesübertretung der Thorer Stadtwirtschaft einschreitet. Die Welt amüßert sich schon genug über die bekannten Vorkommnisse in Neukölln; wünschen aber, daß gegen eine derartige Preispolitik die maßgebenden Stellen sofort einschreiten.

Der Danziger Ziegenzuchtverein
hat in seiner letzten Monatsversammlung neben verschiedenen Vereinsangelegenheiten eingehend die Zuchtbuchführung besprochen. Den Mitgliedern wurde besonders die Aufsicht der Jungböcke empfohlen, da nur dadurch die Ziegenzucht gefördert werden kann.

Beschlagnahme der deutschen Schaffsur.
Im Inseratenteil dieser Nummer veröffentlicht die Kriegswollbedarfs-Aktiengesellschaft einen Nachtrag zu der Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schaffsur.

Tödliche Straßenbahnunfälle
Die Danziger Straßenbahn ist kein Ruhmesblatt in unserem öffentlichen kommunalen Leben. Häufige Unglücksfälle, Mangel an Entschädigung der Angestellten, Einschränkung ihres Rechts durch die Aktionäre gezeichneten Maßnahmen die wenig erfreulichen auf auffallenden Seiten dieses für die Danziger Bevölkerung so wichtigen Unternehmens. Wir haben schon häufig in der „Volkswacht“ auf diese Mißstände aufmerksam gemacht und dringend Abhilfe verlangt. In der Stadtverordnetenversammlung wurde zwar über diese Dinge auch gesprochen, aber zu wirklichen Maßnahmen konnten sich die bürgerlichen Herren nicht aufraffen.

In dieser Woche haben sich nun wieder zwei tödliche verheerende Straßenbahnunfälle ereignet. In der Allee wollte am Montag ein 17jähriges Fräulein auf einem langsam fahrenden Straßenbahnwagen aufspringen. Sie glitt dabei aus und wurde von dem Anhänger überfahren. Die Verunglückte verstarb bald darauf. Ein zweiter tödlicher Unglücksfall ereignete sich bald darauf am Olwaer Tor. Hier lief ein vier Jahre altes Kind über die Schienen. Dabei wurde es von einem daherkommenden Straßenbahnwagen erfaßt und überfahren. Diese bedauerlichen Unfälle hätten vermieden werden können. Späterweisheit wird zwar den Verunglückten selbst die Schuld geben. Wer aber den Andrang auf die Straßenbahnwagen gesehen hat, kann es verstehen, wenn jeder das Bestreben hat, sich einer Wagenplatz zu erkämpfen. Die größte Aufmerksamkeit der Eltern kann es doch nicht verhindern, daß Kinder über die Straße laufen. Verhütung hätten aber die tödlichen Ausgänge der Unfälle werden können, wenn bei den hiesigen Straßenbahnwagen die Sicherheitsmaßnahmen angebracht wären, die in anderen Großstädten längst vorhanden sind. Es fehlen hier sowohl Schutzgitter zwischen den einzelnen Wagen als auch Jangvoortrichtungen am Führerstand des Motorwagens. Diese Meinung äußert auch ein Ingenieur A. in einer Zuschrift an die „Danziger Zeitung“. Er findet es unverständlich, daß das, was sich in anderen Städten als brauchbar gezeigt hat, nicht in Danzig durch eine polizeiliche Bestimmung Eingang fand. Die hiesigen Behörden müssen endlich dafür Sorge tragen, daß die Betriebssicherheit bei der Straßenbahn aufrecht. Diese wird bisher leider immer noch von der Absicht geleitet, recht hohe Dividenden für die Aktionäre, die zumeist nicht einmal in Danzig ihren Sitz haben, herauszuwirtschaften. Die Straßenbahn darf kein Erwerbsunternehmen für Kapitalisten sein. Notwendig ist deshalb, daß dieselei städtisches Eigentum wird.

Freigeprochen wurden vom Danziger Schöffengerichte die „Unabhängigen“ Fischer und Lieb. Sie hatten eine Verurteilung veranlaßt, in der der Abg. Büchner, Berlin, und der Lithograph Oberlein Diskussionsreden hielten, deren Manuskript der Kommandantur zur Genehmigung nicht eingereicht worden war. Die Angeklagten erklärten, daß sie von dem Erscheinen der beiden Redner nichts gemußt haben. Das Gericht schenkte ihren Angaben Glauben und sprach sie frei.

Aus Westpreußen

Walter Juhnke gestorben.

Aus Tarnowitz erhielten wir die erschütternde Nachricht, daß der dortige Vertrauensmann der Partei, Genosse Walter Juhnke, bei den Kämpfen im Westen am 4. April gefallen ist. Von Beruf Zimmerer, hatte er es während des Krieges zum Offizier-Stellvertreter gebracht. Der tödliche Bräutigam war ihm in dem Augenblick, als er beim stärksten Treppenschritt einen überquerenden Kameraden in Sicherheit bringen wollte. Unter verirrter Hand gelang ihm bei Ausführung einer ihm ansehnlichen Menschenschuld nicht leuchtend keinen guten, menschenliebenden Charakter mehr wie diese lobenswerte Tat, bei der er leider kein junges, überlebendes Leben lassen mußte. In keinem Dorfe, ja im ganzen Kreise Flatau war er ein stets gern gesehener, geachteter Mann. Seinen letzten Urlaub benutzte dieser prächtige Mann und Genosse, um auch uns in Danzig einen kleinen Besuch abzustatten. Nun werden wir ihn, wie so manchen anderen aufrechten Freund, nicht mehr wiedersehen. Die Partei verliert in Walter Juhnke einen treuen Anhänger. Auch als Soldat nahm er recht regen Anteil an dem Schicksal der Partei.

Ehre seinem Andenken!

Ohra. Eine Wahlrechtsversammlung veranlaßt der Sozialdemokratische Verein Ohra am Montag den 29. April, abends 8 Uhr, in der Ostbahn, Genosse Gehl hat das Referat übernommen. Die Mitglieder werden aufgefordert, für guten Besuch dieser wichtigen Versammlung Sorge zu tragen. Näheres ist aus dem Inserat dieser Nummer ersichtlich.

Im selben Lokale findet am Sonnabend den 4. Mai eine **Karl-Marg-Feier**

statt. Näheres wird in nächster Nummer bekannt gemacht.

Ohra. In der Gemeindevertretersitzung am 18. dieses Monats wurden die neugewählten Gemeindevertreter in ihr Amt eingeführt. Nach längerer Zeit nahm wieder ein Vertreter unserer Partei, der Genosse Walz, an den Verhandlungen teil. Die Wahlen zu den Kommissionen brachten keine Veränderung. Der Antrag, aus Gemeindegeldern einen Kriegsanleihe zu zehnen, erledigte sich von selbst, da die Gemeinde zurzeit für diesen Zweck kein Geld zur Verfügung hat. Bisher hat Ohra 50 000 Mk. gezeichnet. Genosse Walz nahm gleich in der Sitzung Gelegenheit, das Ohraer Armenwesen zu kritisieren. Insbesondere seien die Zustände im Armenhaus dringend der Besserung bedürftig. Durch eine persönliche Rückfrage des Genossen Walz mit dem Herrn Amtsverwalter wurden einige Mängelbeseitigt. Herr Scharping wurde mit der Aufsicht über das Armenhaus betraut. Unser Vertreter machte darauf aufmerksam, daß die Pumpe in der Radaunestraße seit 4 Wochen unbrauchbar ist. Die Anwohner sind gezwungen, aus der Radaune Wasser zu schöpfen. Hier ist dringend Abhilfe erforderlich. Das Wasser der Radaune ist zum menschlichen Genuß nicht geeignet.

Verheiratung mit Kriegsgefangenen.

Das Dienstmädchen Alwine G. in Landau hat von einem Kriegsgefangenen ein Kind und mußte sich nun vor dem Schöffengericht wegen unerlaubter Annäherung verantworten. Sie erklärte, daß der Kriegsgefangene sie heiraten werde. Der Amtsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen. Das Gericht erkannte auf 20 Mark Geldstrafe. In der Begründung wurde gesagt: Auf dem Lande, wo die Mädchen mit den Kriegsgefangenen fortwährend zusammen arbeiten, sind sie sich nicht bewußt, wie unerlaubt solche Annäherung ist. Es wird dem Mädchen geglaubt, daß es zu einer Heirat kommen soll. Das Kriegsministerium hat aber angeordnet, daß keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollen, wenn wirklich Heiratsabsichten vorliegen.

Ein bedingter Straferlass in Elbing.

Die vom Genossen Scheidemann im Reichstage zur Sprache gebrachten schweren Verurteilungen wegen der Vorkommnisse am 12. Dezember in Elbing, werden voraussichtlich eine wesentliche Milderung erfahren. Die Elbinger Zeitung ist in der Lage, darüber folgendes mitzuteilen:

Wegen der Elbinger Vorkommnisse vom 12. Dezember 1917 sind bis jetzt eine große Anzahl Personen teils zu kleineren, teils zu größeren Gefängnisstrafen verurteilt worden. In vier Fällen wurde auch auf Zuchthaus erkannt. Viele Urteile bezug. deren Angehörige haben vergeblich die Gnade des Kaisers angerufen. Dagegen hat der Justizminister jetzt zugestimmt, Verurteilungen folgendes zu bewilligen: Allen verurteilten Personen, deren Vergehen nicht schwerer Art ist und die sich während der Verbüßung ihrer Strafe bis jetzt gut geführt haben, darf die Hälfte der erkannten Strafen unter bedingten Voraussetzungen erlassen werden. Sie müssen sich nach der Haftentlassung mindestens zwei Jahre gut führen, worauf ihnen die Reststrafe endgültig geschenkt ist. Ueber erkannte Strafen bis zu 6 Monaten, hat der Erste Staatsanwalt in Elbing und über höhere Strafen der Oberstaatsanwalt in Marienwerder zu befinden. Die letzte und Hauptentscheidung, ob der Verurteilte wirklich zu entlassen, ist, liegt jedoch in den Händen des k. k. Generals des 20. Armeekorps in Allenstein. Gesuche in dieser Angelegenheit brauchen die Verurteilten oder deren Angehörige nicht einzureichen, da die Gerichtsbehörden auch ohne solchen Antrag jedem Fall nachzutreten.

Stuhm, 17. April. Eine hohe Strafe wegen Treibriemenhehlerei verhängte das Schöffengericht in Stuhm über den 53jährigen Eigentümer Julius Liebe aus Stuhmsfelde. Gelegentlich einer Haussuchung wegen verschwundener Militärfaschinen wurde in seiner Wohnung ein Stück Treibriemenleder gefunden, das noch ganz frische Schnittkanten zeigte. Da dem L. der Diebstahl des Riemens nicht nachgewiesen werden konnte, nahm das Schwurgericht Hehlerlei an und verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis. Auf die Berufung des L. hin ermäßigte am Mittwoch die Elbinger Strafkammer die Strafe auf 6 Monate Gefängnis.

Sozialdemokratischer Wahlverein Danzig-Stadt

Büro: IV. Damm 7 II, Eingang Hätergasse.

Am Montag den 29. April, abends 8 Uhr, im Steppuhnschen Lokale in Schmidt's öffentlicher Wahlrechtsversammlung.

Tagesordnung:

„Der Kampf um das gleiche Wahlrecht“

Referent: Genosse W. Krüger-Danzig.

Genossinnen und Genossen! Agitiert für den Besuch dieser Versammlung, damit diese zu einem machtvollen Protest gegen die Verhinderung der Wahlrechtsfrage wird.

Der Vorstand: J. A.: Jot. Krahn.

Boranzzeige! Sonntag den 5. Mai, nachm. 4 Uhr, im selben Lokale **Karl-Marg-Feier** Näheres in der nächsten Nummer.

Wahlrechtsversammlung

Montag den 29. April, abends 8 Uhr, in der „Ostbahn“ in Ohra.

Tagesordnung:

„Für das gleiche Wahlrecht.“

Redner: Parteisekretär J. Gehl-Danzig.

Die Wahlrechtsfrage ist in einen äußerst wichtigen Abschnitt eingetreten. Sie ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Neuordnung in Preußen.

Alle freiheitlich denkenden Männer und Frauen sind freundl. eingeladen.

Der Vorstand des soz. Vereins Ohra.

Grandenz, 19. April. 5800 Mark! Besetzung auf die Erregung eines Mörders hat die Regierung in Marienwerder ausgeübt. Am 2. April mittags ist unweit der Fürstlichen Gräfin der Hegeheimer Belfer, im September 1917, unweit Saitz der Fortschlicher Bedacht und im Oktober 1917 bei Wölzig Neuland der Gutverwalter Hannemann erschossen worden. Verdächtig ist ein gewisser Franz Kleinschmidt aus Schlachta. Er ist 1,65 groß und ist wiederholt in Militär- und Fortuniform gesehen worden.

Gewerkschaftliches

Unabhängige und Gewerkschaften.

Die Zentralleitung der Unabhängigen erläßt folgenden Aufruf:

„Die Gewerkschaftsbureaucratie hat dadurch, daß sie sich politisch als Helfer der Regierungspolitik betätigt, eine stark Mißbilligung in der Gewerkschaft hervorgebracht.“

Die Gewerkschaftsbureaucratie hat dadurch, daß sie sich politisch als Helfer der Regierungspolitik betätigt, eine stark Mißbilligung in der Gewerkschaft hervorgebracht. Die Gewerkschaftsbureaucratie hat dadurch, daß sie sich politisch als Helfer der Regierungspolitik betätigt, eine stark Mißbilligung in der Gewerkschaft hervorgebracht. Die Gewerkschaftsbureaucratie hat dadurch, daß sie sich politisch als Helfer der Regierungspolitik betätigt, eine stark Mißbilligung in der Gewerkschaft hervorgebracht.

Hätten die Unabhängigen die Logik, die sie in ihrem Gewerkschaftsauftritt entwickeln, auch gegenüber der politischen Organisation betätigt, so wären dieser die schweren Schädigungen der Spaltung erspart geblieben.

Aus der Partei

Wilhelm Kolb gestorben.

Nachdem die badische Sozialdemokratie mit der Person Ludwig Franks schon in den ersten Kriegswochen den einen ihrer beiden hervorragenden Führer verloren hatte, ist ihr jetzt mit Wilhelm Kolb ihr zweiter Führer borthin gefolgt, woher es keine Wiederkehr gibt. Beide Männer, einander durch enge persönliche Freundschaft verbunden, ergänzten sich auf das Beste. War Ludwig Frank der hochstrebende Akademiker, der, von der Idee ausgehend, über eine Periode des jugendlich kühnenden Radikalismus hinweg allmählich zu jener politischen Praxis gelangt war, als deren Wortführer er sich dann weit über die Reihen der deutschen Sozialdemokratie hinaus einen geachteten Namen zu machen gewußt hat, so war Kolb, der frühere Arbeiter, zu dem gleichen Ergebnis auf dem Wege der langsame praktischen-politischen Arbeit gekommen.

Am 21. August 1870 in Karlsruhe geboren, hatte Wilhelm Kolb das Malerhandwerk ergriffen und sich schon frühzeitig der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung angeschlossen. Mit eisernem Fleiß hatte er sich reiches Wissen und geübene Bildung aneignen gewußt. Und so finden wir ihn im Alter von 29 Jahren in der Redaktion des sozialistischen Blattes seiner Heimatstadt, die ihn bald darauf auch in ihre Gemeindevertretung berief. Auch in den badischen Landtag trat Wilhelm Kolb schon in verhältnismäßig jungen Jahren ein, und hier festigte sich in ihm im Laufe der Jahre immer mehr jene politische Überzeugung, die er dann mit Geduld und unermüdbarem Eifer in der deutschen Sozialdemokratie vertreten hat. Er trat für seine Auffassung nicht nur in seinem eigenen Blatte, sondern auch in den verschiedenen politischen Zeitschriften der Partei, gelegentlich in der „Neuen Zeit“, besonders eindringlich in den „Sozialistischen Monatsheften“ und in den letzten Jahren besonders in der „Glode“ ein. Auf allen Parteitagungen war er ein gern gehörter Redner, dessen Darlegungen auch seine Meinungsgegner stets mit Aufmerksamkeit und Achtung folgten.

Kolb war einer der frühesten und anfechtendsten Vertreter dessen, was man bis zum Kriegsausbruch den „praktischen Reformismus“ genannt hat. Dabei war er auch seinen Gegnern innerhalb der Partei gegenüber stets gerecht und freundlich und, soweit sachliche Gegner er auch naturgemäß gehabt hat, einen persönlichen Feind durfte Wilhelm Kolb weder innerhalb noch außerhalb der deutschen Sozialdemokratie hinterlassen haben.

Die deutsche Arbeiterklasse und über sie hinaus weite Kreise des ganzen deutschen Volkes, besonders aber die badische Sozialdemokratie werden das Andenken des wackeren, uns so früh und unerwartet entrissenen Mannes allezeit in Ehren halten!

Die Beisetzung Wilhelm Kolbs. Unter starker Beteiligung der Bevölkerung fand in Karlsruhe die Beisetzung des Führers der badischen Sozialdemokratie, Genossen Wilhelm Kolb, statt. Die Regierung war bei der Trauerfeier vertreten. Vertreter sämtlicher Parteien, ferner das Präsidium der Zweiten Kammer waren anwesend. Rechtsanwält Marum hielt die Trauerrede. Nach einer Trauerkundgebung des Präsidenten der Zweiten Kammer wurde der Sarg in das Krematorium übergeführt.

Ein sozialdemokratischer Jugendpfarrer.

In der Züricher Vorortgemeinde Auserhölz ist das neu geschaffene Jugendpfarramt zu besetzen. Der Kirchgemeinderat hat vorurteillos den sozialdemokratischen Pfarrer Bär für den Posten vorgeschlagen.

Jede Nähmaschine reparieren schnell
Wilken & Söhne
Heilige Geistgasse Nr. 127
Fernruf 1237

Neue und gebrauchte **Fahrräder**
federnde Holzbockrahmen, Leder- Spiralen, Ersatzteile für Gas- räder.
Feuerzeuge, Taschenmesser, Säbren, Sprechmaschinen, Schutzplatten, Taschenlampen, Batterien.

A. Hein, Breitgasse 113

Führer
durch das preussische Einkommensteuergesetz
Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, so wie einem ausführlichen Sachregister.
Preis 60 Pfennige
Zu beziehen durch die Buchhandlung **Volkswacht** Danzig :: Paradiesgasse

Preiswerte Herren-Befleidung

- Jacket-Anzüge** moderne Formen, mit auch ohne Madengurt 460 325 285 bis 145.
- Konfirmanden-Anzüge** blau Gehbiel, Klebfame jugenbliche Formen 360 270 225 bis 155.
- Rock-Anzüge** in eleganter Verarbeitung 550 400 bis 250.
- Strand-Anzüge** aus besserem hellen Leinen und Alpaka-Stoffen 93 75 64 bis 35.
- Frühjahrs-Mäntel** aus besseren hellen und marengo Stoffen 350 287 210 bis 95.
- Original Kieter und Marine-Jugendwehr-Anzüge** in reichster Auswahl

Walter & Fleck

Abteilung: Herren-Moden

124

Nur kurze Zeit! Weltberühmter Circus Strassburger

Danzig Heumarkt Tel. 1745

Täglich abends 7 1/2 Uhr

Grosse Vorstellung

Jeden Sonnabend, Sonntag und Mittwoch 2 Vorstellungen, nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.

In allen Vorstellungen u. a.:

Therese Renz, Elefanten- u. Pferd Dressuren	Abdul Achmed und Melitta Die Weltattraktion!!! „Die unsichtbaren Fakire“ Gesetzlich geschützt.
Fr. Loyseck, Pferd Dressuren	Lorelly, „Der Verlecher des Todes“
Fuoco, „Vulkanmensch“	Drei Rostocks, Damen-Kunstturn-Akt
Franziskus Frank-Truppe, 10 Personen, Afrikanische Sitten und Gebräuche	Anny Götz, Bambusakt
„Der kluge Hans“ , Original-Dressur des Herrn Loyseck	3 Schwestern Strassburger, Drahtsella in höchster Vollendung

Vielcs andere mehr und alles neu für hier.

Billetverkauf Gebr. Freymann, Kohlenmarkt.

Wochenpielplan des Danziger Stadttheaters

- Montag, 29. April, 7 Uhr: „Die toten Augen“.
- Dienstag, 30. April, 7 Uhr: „Drei alte Schachteln“.
- Mittwoch, 1. Mai, 7 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen“.
- Donnerstag, 2. Mai, 7 Uhr: „Maria Magdalena“ von Hebbel. Erstes Gastspiel Irene Triesch.
- Freitag, 3. Mai, 7 Uhr: „Hebba Gabler“. Zweites und letztes Gastspiel Irene Triesch.
- Sonnabend, 4. Mai, 7 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen“.
- Sonntag, 5. Mai, nachm 3 Uhr: „Drei alte Schachteln“, abends 7 1/2 Uhr: „Carmen“.

Abgabe von Lebensmitteln.

Es werden verabsichtigt:

1. Von Montag, den 29. April bis Sonnabend, den 4. Mai: Auf die Marke 27 der Kartoffellatte 4 Pfund und auf die Marke 28 der Kartoffellatte 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
2. Von Dienstag, den 30. April bis Sonnabend, den 4. Mai: a) Auf die Marke 20 und 20 K der Danziger Lebensmittellatte für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marke 17 der Lebensmittellatte für Erwachsene und Kinder 17 K der Lebensmittellatte für Kinder in den Nachbargemeinden Brenau, Emmau, Chra, Bürgerweien, Groß-Holborn, Klein-Holborn, Groß-Neubors und Klein-Neubors je 125 Gramm Mählenerzeugnisse. b) Auf die Marke 18 und 18 K der Danziger Lebensmittellatte für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marke 15 der Lebensmittellatte für Erwachsene und 15 K der Lebensmittellatte für Kinder in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mörgeletran.
3. Von Montag, den 29. April bis Sonnabend, den 4. Mai: Auf die Marke 19 und 19 K der Danziger Lebensmittellatte für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marke 16 der Lebensmittellatte für Erwachsene und 16 K der Lebensmittellatte für Kinder in den Nachbargemeinden je 250 Gramm Marmelade zum Preise von 92 Pf. für das Pfund.

Die Waren sind in den Geschäften in denen die Anmeldung zum Bezuge von Mählenerzeugnissen erfolgt ist, erhältlich.
Die von den Händlern vertriehenen Waren sind den zuständigen Behördensstellen unverzüglich anzumelden.
Bei Anmeldung der Marke 19 und 19 K, 16 und 16 K an die Bezugsstellen, Tel. 16, sind die vertriehenen Restbestände an Marmelade anzugeben.
Danzig, den 24. April 1918. 121
Der Magistrat.

Gummirollen zum Selbstauflegen

Solange Vorrat, versende ich noch meine Probepl. für 3 Paar norm. Herrenschuhen Nr. 9. — u. Nr. 12. — 5 13. — 18. —
Gummiabläge per Paar von 70 Pf. an und Gummirollen.
S. Strauß, Frankfurt a. M.
MorgensienstraÙe 35.

126
Echt gefälschten Schnupftabak offeriert
garant. rein.
Julius Gosda, Rohtabakgroßhandlung und Schnupftabakfabrik,
Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Drieslergasse 5. Fernspr. 2428

Trauer-

Hüte
in
reicher
Auswahl

Büsen
Handschuhe
zu billigsten
Preisen

Julius Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Freymann * Sehr preiswerte Angebote!

Papierwaren		Bücher und Noten	
Briefpapiermappe, 5-Bl. 5Hmischl. 45, 40, 35 S.	1.45	Engelhorns Romanbibliothek	35 45 S.
Briefpapier-Holsatia in Wappen, 25 Bogen, 25 unburchl. Umschläge	95 S.	Meistererzähler der Weltliteratur:	
Rekordkassette 25 Bogen, 25 unburchl. Umschläge	95 S.	A. E. Brachvogel: Fiedelmann Bach	1.50
Unverricht. Kaffeek. 50 Bogen, 50 Hmischl. mit Seitenfutter	2.75	Henryk Sienkiewicz: Das rabis?	1.50
		Alex. Dumas: Der Graf v. Monte Christo	1.50
		Alph. Des. det. Abenteuer d. S. Zartara	1.50
		Altd. deutsche Kunstmappen:	
		Altd. Landsch. u. Dürr. Grunach umr.	85 S.
		Dtsch. Kupferst. a. d. XV. Jahrh.	85 S.
		Aus Granachs Holzschitten	95 S.
		Lauschaften niederl. Malermeister	85 S.
		Dtsch. Musiksamml. 400 Min. n. Wahl. 2u. 4händ. Klav. u. Geige. Geig. 3. Nr. 20 S.	
		Beliebte Meisterlieder: 31berbefannt u. beliebt Gesänge a. d. klass. Siederzeit	1.00
		Drei alte Schachteln: Totz 2händ. m. 2. 3.60 Wolger 2händ. 3.60 Eingelauzgaben f. Geig. u. Klav. 2.40	
		Was die Wandervogel singt: 115 Wandervogel-Lieder	4.00
		Musik. Edelsteine. Bb. 7 neu. Ausg. 10.00	
		Leinwandpapier, 25 Bogen nebst passenden Umschlägen	1.45
		Küchenspitzen weiß, rot, blau, Rolle 10 Mtr. 55, 50, 35 S.	
		Mundtcher . . . 100 Stück 3.00, 2.50, 1.25	
		Feldpostbriefe 25 Stück 50 S.	
		Geschäftsanschläge 100 Stück weiß 2.50, farbige 1.90	
		Lösschbogen, gute Qualität, 2 Bogen 25 S.	
		Kriegsiegellack, gute Qualität, 25 S.	
		Heftzwecken „Rosi“ 100 Stück 35 S.	
		Butterbrotpapier 1a Qual. 95 S.	
		Toilettepapier Rolle 92, 24 S.	
		Toilettepapier Krepp . Rolle 95, 85, 60 S.	
		Pf. Federhalter m. Ja 14far. Goldfeder 8.50	

Beschlagnahme und Bestands-erhebung der deutschen Schafschur und des Wollgefälles bei den deutschen Gerbereien

Der Vorstand ist in den Reichsgerichtsstellen und in Kreisstellen, sowie in den Provinzialen Gerbereien zu bezeichnen. Besondere Maß- bei der Schafschur, Nr. 1 d. Danzig, ist zu bezeichnen.

Danzig, Granau, Thora, Culm, Marienburg, den 25. April 1918. 115

Stabschef des Generalkommandos XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Generäle der Festungen Granau und Thora.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm, Marienburg.

Moderne illustrierte Zeitschriften

Der wahre Jakob 15 Pfennige Jugend 55 Pfennige Simplissimus 45 Pfennige

Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32

Parfümerie

Zahnbürsten 1.00, 75, 40 S.	Franzbranntwein Flasche 2.75, 1.50	Lichtpatrone Gruner ca. 8 Stck Brenndauer 10 Stück 6.50 70 S.
Haarbürsten 3.50, 2.75, 1.75	Eau de Cologne gegenüber dem Königsplatz Flasche 3.00, 2.00	Ankerstärke-Ersatz, färbt vorzüglich weiche und farbige Wäsche Paket 35 S.
Handbürsten Gilet 85, 55 S.	Birkenbalsam Flasche 2.75	Laurax das Hauptgemittel der vornehmen Welt Dose 1.00
Mundwasser 2.00, 1.75, 1.35	Veilchen-Hautcreme Tube 75, 50 S.	Oja-Pasta Ersatz Dose 1.20
Seifensapfen Flasche 2.75, 1.50	Schäufcreme Kapitol Dose 95 S.	Fensterleiste 9.50 7.50 5.00

Raabe's Bleichsoda 10 Pf. 1.85 Waschpulver Reia 10 Pf. 2.85 Sauerstoff-Handwaschmittel 6 Stck 50 S.